

# Infobrief der GEW Niedersachsen

## # Aus der Organisation

### Abschluss für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen erzielt

In der Nacht vom 17. auf den 18. April haben sich die Gewerkschaften und die Arbeitgeber auf einen Tarifabschluss für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen verständigt. Nach zähen und langwierigen Verhandlungen wurde ein Kompromiss erzielt, der folgendes beinhaltet:

- Entgelterhöhung in drei Schritten: 2018 (3,19%), 2019 (3,09%) und 2020 (1,06%)
- Durchschnittliche Entgelterhöhung um 7,5 Prozent
- Bessere Bezahlung für Berufseinsteiger\*innen durch stärkere Anhebung der Stufe 1
- Erhöhung der Auszubildenden- und Praktikant\*innenentgelte um insgesamt 100 Euro
- Laufzeit von 30 Monaten ab 01.03.2018 bis 31.08.2020

Die Entgelterhöhungen betreffen in unserem Bereich Beschäftigte bei kommunalen Volkshochschulen sowie Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen.

Unsere Mitglieder im Bereich des TVöD werden wir direkt über den Tarifabschluss informieren.



### Herabstufung des Gesamtschulreferats im MK

Schon im Februar/März 2018 hatte es sich angekündigt, inzwischen belegt der Organisationsplan des Kultusministerium (MK) es eindeutig: Das Referat Gesamtschule wird zum Teilreferat herabgestuft. Trotz sofortigen Widerspruchs seitens der GEW hält der Kultusminister an dem Vorhaben fest. Nach ersten Gesprächen der Landesvorsitzenden mit dem Minister in dieser Sache und fehlender Einsicht auf seiner Seite hat er inzwischen zwei Schreiben des GEW-Landesverbandes erhalten. Darin kritisiert Laura Pooth nicht

nur die völlig verfehlte Signalwirkung eines solchen Schrittes, sondern verlangt auch Antworten auf die Fragen, wie und ob künftig die Interessen der Gesamtschulen ungefiltert an die Hausspitze gelangen. Wird es ein dauerhaftes institutionell gesichertes Vortrags- und Rederecht des Gesamtschulbereichs gegenüber dem Minister geben? Die Landesvorsitzende wird über dieses Thema demnächst ein Gespräch mit dem Minister führen.

### Kampf ums Weihnachtsgeld im Sommer

Beim SPD-Landesparteitag am 14. April haben die Delegierten beschlossen, die Landtagsfraktion und den Ministerpräsidenten aufzufordern, dass „Einschnitte beim Weihnachtsgeld rückgängig gemacht werden und ein Gleichklang zum Tarifbereich hergestellt wird“. Was die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes positiv aufnahmen, hat der Ministerpräsident jedoch öffentlich umgehend abgelehnt und klargemacht, dass eine Realisierung finanziell nicht möglich sei. Über den Umgang mit einem Parteitagsbeschluss muss letztlich die SPD Niedersachsen befinden – die mangelnde Wertschätzung gegenüber den Landesbeamt\*innen allerdings wird in Kürze das Thema von Verdi, GdP und GEW sein. Die Gewerkschaft-

ten des öffentlichen Dienstes werden in dieser Sache nicht nachlassen und den Ministerpräsidenten erneut mit den berechtigten Forderungen und dem Beschluss seiner eigenen Partei konfrontieren. Aktionen sind in Vorbereitung.

Ein „Gleichklang zum Tarifbereich“ bedeutet im Übrigen nicht, dass es dann ein volles zusätzliches Monatsgehalt gäbe. Tarifbeschäftigte von bis EG 8 erhalten 95 Prozent, Beschäftigte in E 9 bis E 11 bekommen 80 Prozent, in E 12 und E 13 gibt es ein halbes Gehalt und in E 14 und E 15 sind es 35 Prozent.



## GEW in Aktion

Es ist zwar erst April, aber die Landesregierung denkt schon an das nächste Jahr: am 24./25. wird das Landeskabinett im Rahmen der Haushaltsklausur ihren Entwurf zum nächsten Haushalt zusammenstellen, gegenwärtig laufen dafür die Gespräche auf Regierungsebene und mit den Spitzen der Koalitionsfraktionen. Für uns heißt das: Aktiv werden bzw. bleiben: Anfang Juni mit der Aktion „Überstunden abfeiern“, zu der ihr in einem gesonderten Anschreiben das Material erhalten werdet. Am Rande unserer nächsten LV-Sitzung am 07. und 08. Juni wollen wir die Protestplakate für die Haushaltsklausur erstellen. Hierbei wird auch die Forderung nach Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes eine bedeutende Rolle spielen (s.o.).

Damit nicht genug: Die Sitzung des Landesvorstands werden wir intensiv nutzen, um die Diskussion der vorherigen Sitzung des Landesvorstands zu den Aktionen des Jahres 2018 bis zu einer möglichen Großdemonstration in Kenntnis der aktuellen Entwicklungen weiterzuführen.

Im Herbst wird einerseits die Arbeitszeitkommission der Landesregierung ihren Abschlussbericht präsentieren, so dass neuer Schwung in diese Debatte kommen wird. Und andererseits wird sich der Landesverband an der bundesweiten GEW-Kampagne „JA 13“ beteiligen, um endlich die Anpassung bei der Besoldung zu erreichen.

## Raus zum 1. Mai!

Dies sind die ersten Zeilen des diesjährigen DGB-Aufrufs zum Tag der Arbeit: „Wir stehen für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Dafür kämpfen Gewerkschaften! Die Große Koalition hat sich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einiges vorgenommen. Aber das reicht nicht. Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit, mehr solidarische Politik, mehr Förderung der Vielfalt.“ (Den vollständigen Text gibt es [hier](#), eine Veranstaltungsübersicht [hier](#).)

Die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe wird am 01. Mai die Hauptrednerin in Hannover sein. Unsere Landesvorsitzende Laura Pooth spricht bei der Maifeier in Nordenham.



## Sommerpause der E&W Niedersachsen

Ende Mai wird die Ausgabe Juni/Juli 2018 der niedersächsischen GEW-Zeitschrift erscheinen (Redaktionsschluss 1. Mai). Danach geht das Magazin in die Sommer-

pause. Am 01. August 2018 liegt dann der nächste Redaktionsschluss für die Ende desselben Monats erscheinende Ausgabe August/September. Anfragen und Einsen-

dung können weiter gerne an Redaktionsleiter Christian Hoffmann gerichtet werden: [c.hoffmann@gew-nds.de](mailto:c.hoffmann@gew-nds.de).